

EDITORIAL  
EDITORIAL

1998 war ein aktives Jahr für das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), geprägt durch den weiteren Ausbau der Abteilungen „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ und „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“, die Aufnahme neuer Forschungsvorhaben und regelmäßiger Veranstaltungen wie dem ZEI-Europadialog sowie einer großen Anzahl von Workshops und Konferenzen. Bewährtes, wie die ZEI Summer School in International Macroeconomics, wurde wiederholt. Im Oktober begann der ZEI Aufbaustudiengang „Master of European Studies“.

Der *ZEIreport*, der künftig dreimal jährlich erscheinen wird, informiert über herausragende Aktivitäten, laufende Forschungsprojekte und abgeschlossene wissenschaftliche und politikberatende Arbeiten am Zentrum für Europäische Integrationsforschung. In Verbindung mit dem neu begonnenen europawissenschaftlichen Aufbaustudiengang wollen die wissenschaftlich und praxisorientierten Beiträge des Zentrums für Europäische Integrationsforschung Impulse zur intellektuellen Auseinandersetzung und praktischen Weiterentwicklung Europas bieten.

Dieser Report spiegelt die Diskussionen am ZEI wieder und dient der Weiterführung unseres eigenen Denkens. Daher sind wir für Anregungen und konstruktive Kritik ebenso dankbar wie für jedes weitere Interesse an unserer Arbeit. Wir verbinden dies mit guten Wünschen für ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches Jahr 1999.

Prof. J. von Hagen

Prof. L. Kühnhardt

## EWU: Institutionelles Ungleichgewicht schwächt die Geldpolitik

JÜRGEN VON HAGEN

**B**ald ist es so weit: Am 1. Januar 1999 wird die Europäische Zentralbank (EZB) die Verantwortung für die europäische Geldpolitik übernehmen. Die politische Unabhängigkeit der EZB als Vorbedingung einer soliden Geldpolitik hat in der Vorbereitung der EWU viel Beachtung gefunden. Im internationalen Vergleich ist die neue Zentralbank in dieser Hinsicht einzigartig. Doch die EWU wird mit einem institutionellen Ungleichgewicht starten: Die EZB wird die einzige Institution mit gesamtwirtschaftlichen Aufgaben auf europäischer Ebene sein. Im Gegensatz zu allen nationalen Währungssystemen gibt es in der EWU derzeit keine Institution, die mit der Koordination der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten und der Abstimmung zwischen der Geld- und der Finanzpolitik betraut ist. Vorschläge zur Einrichtung eines Wirtschaftspolitischen Rates der EWU, wie sie vor allem seitens der französischen Regierung vorgebracht wurden, um dies Ungleichgewicht zu korrigieren, sind bisher vor allem von der bisherigen Bundesregierung blockiert worden. Der „Euro-11“-Rat der Finanzminister, ein Teilgremium des Wirtschafts- und Währungsrates der EU hat wenig Chancen und, wie die erste Tagung gezeigt hat, wenig Willen, die Lücke zu füllen.

### NEGATIVE AUSWIRKUNGEN

Aus mehreren Gründen steht zu befürchten, daß sich dieses institutionelle Ungleichgewicht negativ auf die Qualität der Geldpolitik der EZB auswirken wird. Erstens wird die EZB als einzige EWU-Institution mit gesamtwirtschaftlichen Aufgaben notwendigerweise zur Zielscheibe jeder Kritik und Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der EWU werden. Da die hohe Arbeitslosigkeit auf absehbare Zeit Europas größtes wirtschaftspolitisches Pro-

blem bleiben wird, wird die EZB ständig unter öffentlichem und politischem Druck stehen, die geldpolitischen Zügel zu lockern. Für eine Weile mag sie sich dem entziehen mit dem Hinweis auf ihr Mandat zur Wahrung der Preisstabilität und dem Verweis darauf, daß die hohe Arbeitslosigkeit in Europa strukturelle Ursachen hat und mit Geldpolitik nicht zu bekämpfen ist. Auf Dauer aber wird die EZB, wie alle großen Institutionen, ständigem Druck nachgeben. Die Folge wäre eine unerwünscht hohe Inflationsrate in der EWU.

Nationale Zentralbanken können derartige Kritik von sich ablenken, indem sie die Öffentlichkeit an die Verantwortung der Regierung für die Arbeitsmarktpolitik erinnern. In der EWU ist dies mangels einer zentralen Regierung kaum möglich. Ein Wirtschaftspolitischen Rat der EWU würde der EZB dagegen die öffentliche Auseinandersetzung über ihre Aufgaben und ihre Politik erleichtern. Die Einrichtung des Rates würde die Regierungen nämlich zwingen, die Verantwortung ihrer Finanz- und Arbeitsmarktpolitik für die Arbeitslosigkeit einzugestehen. Der Rat würde so Kritik von der EZB ablenken und ihr helfen, politischem Verlangen nach einer weicherer Geldpolitik zu begegnen und eine ihrem Ziel der Preisstabilität angemessene Geldpolitik durchzuführen.

Zweitens sind Geld- und Finanzpolitik eng miteinander verknüpft, so daß ihre Effekte und ihr Erfolg sich wechselseitig bedingen. Geld- und Finanzpolitik bedürfen daher der gegenseitigen Abstimmung, um eine ausgewogene Entwicklung der EWU-Wirtschaft sicherzustellen. So mag eine koordinierte fiskalpolitische Kontraktion notwendig werden, um ein überhöhtes Leistungsbilanzdefizit der EWU zu korrigieren. Ohne eine Abstimmung der nationalen Finanzpolitiken

hätte in einer solchen Situation jede Regierung guten Grund, nichts zu tun und darauf zu hoffen, daß andere Regierungen die erforderlichen, aber unpopulären Maßnahmen ergreifen. Im Ergebnis würde die Finanzpolitik aller Regierungen nicht genügend zur Korrektur des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts tun und die EZB effektiv mit mehr Aufgaben belasten, als sie im Sinne einer stetigen, auf Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik leisten kann.

### FÜR UND WIDER DIE EINRICHTUNG EINES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN RATES

Gegner eines Wirtschaftspolitischen Rates der EWU befürchten, daß eine solche Institution übermäßigen Einfluß auf die EZB nehmen und ihre Unabhängigkeit untergraben würde. Dahinter steht letztlich der fromme Wunsch, die Geldpolitik lasse sich durch die Übertragung der Verantwortung auf eine unabhängige, von „Experten“ geführte EZB „entpolitisieren“. Realistischerweise muß man jedoch davon ausgehen, daß der Beginn der EWU die Begehrlichkeit nationaler Regierungen nach Einflußnahme auf die Geldpolitik nicht einfach abschaffen wird. Auch ohne einen Wirtschaftspolitischen Rat werden die Regierungen in der EWU versuchen, auf die EZB einzuwirken. Es geht daher nicht darum, ob die EZB politischem Druck ausgesetzt sein wird, sondern um die Frage, inwieweit Versuche politischer Einflußnahme sich in einem geordneten Rahmen vollziehen. Ohne einen solchen Rahmen wird sich politische Einflußnahme auf die EZB spontan und daher in undurchsichtiger Weise vollziehen. Die Folge wäre eine Schwächung der Glaubwürdigkeit der EZB. Die Einrichtung eines Wirtschaftspolitischen Rates würde dagegen EZB und Regierungen zwingen, ihre wirtschaftspolitischen Aufgaben klar zu definieren und würde ihre Beziehungen transparenter machen. Beides würde die Verantwortlichkeit der Geldpolitik und der nationalen Wirtschaftspolitik stärken.

Die Einrichtung eines Wirtschaftspolitischen Rates könnte also aus guten Gründen dazu beitragen, der EZB eine gute Führung ihrer Geldpolitik zu erleichtern. Um diese Rolle zu erfüllen, benötigt ein solcher Rat ein Mindestmaß an politischem Gewicht. Ein Rat lediglich aus nationalen Beamten könnte die notwendige Aufmerksamkeit in der öffentlichen Diskussion über die Wirtschaftspolitik in der EWU kaum erlangen, er müßte die zuständigen Minister der Mit-

## Schriftenreihe des ZEI

Mit der Aufnahme einer Schriftenreihe ab dem Herbst 1998 hat das Zentrum für Europäische Integrationsforschung nun die Basis seiner publizistischen Tätigkeit verbreitert. Die von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt herausgegebenen „Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI)“ im Nomos-Verlag Baden-Baden führen Monographien und Sammelbände zusammen, in denen kompetente Autoren Fragen von europäischem Rang thematisieren, reflektieren und weiterdenken. In dieser Reihe sollen drei Forschungsschwerpunkte des ZEI ihren Niederschlag finden: europäische Identität, europäische Integration und europäische Außenpolitik.

Die Auswahl der Studien orientiert sich an einem geographisch breiten Europabegriff. Dabei werden die Vertiefungs- und Erweiterungsprozesse der Europäischen Union ebenso aufgegriffen wie Fragen nach dem kulturellen Selbstverständnis und der politischen Rolle Europas in der Welt.

Den Auftakt der Schriftenreihe bilden eine Untersuchung über die Subsidiarität als leistungsfähiges Legitimitätsprinzip für die Europäische Union sowie ein Sammelband über die bildungspolitischen und pädagogischen Interaktionen zwischen Ost- und Westeuropa. Darüber hinaus erscheinen in Kürze eine Studie über den Umbruch der Verfassungssysteme in Osteuropa, ein Beitrag zum europäischen Staatsdenken sowie ein Sammelband über den Zypern-Konflikt.

**Band 1:** Frank Ronge: *Legitimität durch Subsidiarität*, 1998, 263 S., geb., 89,- DM, ISBN 3-7890-5616-2

**Band 2:** Andreas Beierwaltes (Hrsg.): *Lernen für das neue Europa: Bildung zwischen Wertevermittlung und High Tech?*, 1998, 152 S., geb., ISBN: 3-7890-5617-0

Die Publikationen können bei der Nomos-Verlagsgesellschaft, Vertrieb, 76520 Baden-Baden, Fax: 07221/2104-27, E-Mail: [NOMOS@nomos.de](mailto:NOMOS@nomos.de) oder über den Buchhandel bestellt werden.

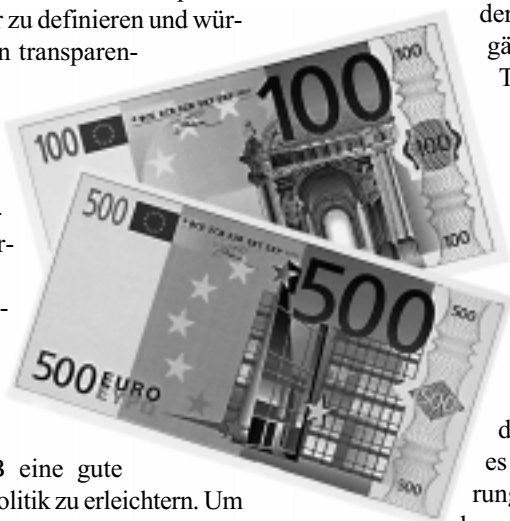
gliedsländer der EWU zusammenbringen. Eine zweite Voraussetzung ist, daß der Rat den Ruf hoher Qualität seines wirtschaftspolitischen Urteils und seiner wirtschaftspolitischen Ratschläge erlangt. Sein Vorsitzender sollte eine hinreichend lange Amtszeit und genügend personelle und fachliche Unterstützung haben, um Führungskraft zu entwickeln. Schließlich sollten die Beratungen und Empfehlungen des Rates der Öffentlichkeit zugänglich sein, um Transparenz herzustellen und die einzelnen Regierungen zu veranlassen, darzulegen, warum sie möglicherweise den Empfehlungen nicht gefolgt sind. Je besser der wirtschaftspolitische Ruf des Rates, desto schwerer würde es für einzelne Regierungen, seine Empfehlungen zu mißachten.

Bedenken gegen einen Wirtschaftspolitischen Rat für die EWU kommen aus der Befürchtung, der Rat könne selbständig Entscheidungen treffen, die die Länder der EWU zu zusätzlichen Staatsausgaben verpflichten. Tatsächlich könnte der Rat zu einem Organ finanzpolitischer Verschwen-

dung werden, wenn er - etwa im Rahmen gemeinsamer Beschäftigungsprogramme - eine derartige Autorität besäße. Jedes Mitglied würde dann Ausgabenvorschläge machen, die die Steuerzahler im eigenen Land nur zu einem Teil belasten und ansonsten quasi „umsonst“ sind. Das Ergebnis wäre ein unerwünscht hohes Niveau der Staatsausgaben in der EWU. Derartige Budgetautorität ist jedoch für die Effektivität eines Wirtschaftspolitischen Rates, dessen Bedeutung auf dem Ruf seiner wirtschaftspolitischen Urteilskraft und Beratung ruht, nicht erforderlich.

Bedenken gegen einen Wirtschaftspolitischen Rat basieren zweitens auf der Überlegung, daß die Regierungen in der EWU verstärkt auf strukturpolitische Maßnahmen zurückgreifen werden, um ihre nationalen Beschäftigungsprobleme zu lösen. Um die Schaffung von Arbeitsplätzen im eigenen Land zu fördern, werden sie versuchen, Lohnnebenkosten durch die Rückführung sozialpolitischer Programme zu senken und Investitionsbedingungen durch das Angebot von Infrastrukturleistungen und Steuerergünstigungen zu verbessern. Dieser Bereich der nationalen Wirtschaftspolitik, so die Überlegung, benötigt keine Abstimmung auf europäischer Ebene.

Wettbewerb zwischen Regierungen um die Schaffung von Arbeitsplätzen ist per se zu begrüßen. Er führt jedoch leicht zu ineffizienten Ausgaben für Infrastruktur, übermä-



Bigen Steuererleichterungen und zu weitgehendem Abbau sozialpolitischer Programme. Regierungen von Bundesstaaten in den USA haben derartige Probleme seit langem erkannt und versucht, durch Koordination ineffiziente Politik zu vermeiden. Der Wirtschaftspolitische Rat der EWU würde eine ähnliche Rolle übernehmen, indem er Regeln für den Wettbewerb zwischen nationalen Regierungen entwickelt und veröffentlicht und gemeinsame Projekte zur Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen identifiziert. Anstatt alte Strukturen zu konservieren, würde der Rat durch mehr Transparenz und die Herstellung einer Wettbewerbsordnung zwischen konkurrierenden Regierungen dazu beitragen, das Ergebnis des Wettbewerbs um neue Arbeitsplätze zu verbessern.

#### KRISENMANAGEMENT

Die EWU verändert die Bedingungen der Finanzpolitik grundlegend. Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sind die Möglichkeiten der Regierungen, Rezessionen stabilisierend zu begegnen, deutlich eingeschränkt. Darüber hinaus ändert sich die Kreditwürdigkeit der öffentlichen Haushalte, wenn die Käufer öffentlicher Anleihen nicht mehr, wie in nationalen Währungssystemen, sicher sein können, daß die Zentralbank in Krisensituationen am Anleihemarkt die Wertpapierkurse stabilisieren würde. Da das Niveau der Staatsverschuldung in der EWU sehr viel höher sein wird, als unter den neuen Bedingungen langfristig möglich, ist nicht auszuschließen, daß sich einzelne Regierungen von Zeit zu Zeit in finanzpolitischen Schwierigkeiten finden werden.

Die meisten Beobachter gehen davon aus, daß sich die EWU-Regierungen in solchen Krisen gegenseitig finanziellen Beistand leisten werden. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß spontanes Krisenmanagement eher zu dauerhaften kostenträchtigen und ineffizienten Lösungen führt. Eine weitere, wichtige Rolle für den Wirtschaftspolitischen Rat liegt daher in der Entwicklung von Regeln für ein geordnetes Krisenmanagement. Auch hier sollte die Bedeutung des Rates nicht darin liegen, daß er eigenständig Geld ausgeben kann, sondern in der Erarbeitung und Bekanntgabe von Verhaltensregeln der Regierungen, die Transparenz erzeugen und die Verantwortlichkeit der Regierungen stärken.

Ein Wirtschaftspolitischer Rat der EWU, dessen Bedeutung auf seiner wirtschaftspolitischen Autorität und nicht auf Ausgabenbefugnissen basiert, würde insgesamt die Qualität der Wirtschaftspolitik einschließlich der Geldpolitik in der Währungsunion maßgeblich stärken.

Prof. Dr. Jürgen von Hagen ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn und leitet dort seit 1996 die Abteilung „Wirtschaftliche und Soziale Fragen“.

## NEUE PUBLIKATIONEN

*In der ZEI-Policy/Working Paper-Reihe sind die nachfolgend genannten, neuen Titel erschienen:*

B 15 1998

Stefan Lutz: Can Taxing Foreign Competition Harm the Domestic Industry?

B 14 1998

Rafael Reuveny and John Maxwell: Free Trade and Arms Races: Some Thoughts Regarding EU-Russian Trade

B 13 1998

Jürgen von Hagen: Fiscal Policy and Intranational Risk Sharing

B 12 1998

Athanasios Orphanides and Volker Wieland: Price Stability and Monetary Policy Effectiveness when Nominal Interest Rates are Bounded to Zero

B 11A 1998

Rolf Strauch: Die Bewertung der „dauerhaft tragbaren öffentlichen Finanzlage“ der EU-Mitgliedstaaten beim Übergang zur dritten Stufe der EWWU

B 11 1998

Julius Horvath: Exchange Rate Regimes in the Transition Economies

*In der ZEI-Discussion Paper-Reihe sind folgende Titel neu erschienen:*

C 28 1998

Jürgen Rüttgers: Europa – Erbe und Auftrag

C 27 1998

Dirk Rochtus: Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

C 26 1998

Igor Leshoukov: Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration

C 25 1998

Avi Primor: Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union

C 24 1998

Zbigniew Czachór: Ist Polen reif für die Europäische Union?

C 23 1998

Marco Bifulco: In Search of an Identity for Europe

C 22 1998

Ludger Kühnhardt: Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts. Grenzen, Aufgaben, Handlungsfähigkeit

C 21 1998

Wim F. van Eekelen: Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

*Die Publikationen sind kostenlos erhältlich und können über die Redaktionsadresse oder per email (zei@uni-bonn.de) angefordert werden. Eine Liste aller bislang erschienenen ZEI-Publikationen finden Sie im Internet unter <http://www.zei.de>.*

# Weiterbildender Studiengang „European Studies“ am ZEI

Seit Mitte Oktober 1998 werden junge Nachwuchswissenschaftler in einem neuen, einjährigen Studiengang am ZEI für Europa „fit gemacht“.

## IDEE, KONZEPT, ZIELVORSTELLUNGEN

Nach Senatsbeschluss der Bonner Universität und Genehmigung durch das Wissenschaftsministerium Nordrhein-Westfalen steht ein substantieller Pfeiler des ZEI: Am 12. Oktober 1998 haben die ersten fünfzehn Graduierten aus dem In- und Ausland mit einem einjährigen weiterbildenden Studien-

Laufbahn in der europäischen Administration, der Wirtschaft oder der Politik vor. Im ersten Programmjahr unterrichten u.a. Prof. Matthias Herdegen (Bonn), Prof. Henri Menudier (Paris), Prof. Piet Slot (Leiden) und Dr. Wilhelm Schönfelder (AA, Bonn).

Das Studium setzt sich in den Fächern Recht, Wirtschaft und Politik auf höchstem europäischem Niveau aus zwei viermonatigen Unterrichtseinheiten und einem zwei- bis dreimonatigem Praktikum beim Auswärtigen Amt oder der Europäischen Kommission in Brüssel zusammen. Der Studiengang ist kostenpflichtig.

Unterstützung erhält das Programm von vielen Seiten: So hat der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft das Programm in seine Förderung innovativer postgradualer Studiengänge aufgenommen, und auch die Studienstiftung des Deutschen Volkes hat Stipendienmittel in Aussicht gestellt. Das Auswärtige Amt hat zugesichert, den Absolventen des Studienganges bei einer Bewerbung um eine Stelle im Höheren Diplomatischen Dienst einen Bonus einzuräumen.

nen Bonus einzuräumen.

ZEI vergibt selbst keine Stipendien, bemüht sich aber um mögliche Stipendienggeber. Ziel ist es, einen möglichst großen Teil der Kosten über Stipendien abzudecken.

## DAUER, AUFBAU UND INHALT DES STUDIUMS

Der Studiengang umfaßt insgesamt 360 Stunden, die sich auf vier Grundkurse im Umfang von 120 Stunden pro Unterrichtseinheit und vier bis sechs Vertiefungskurse im Umfang von 60 Stunden pro Unterrichtseinheit verteilen. Die Grundstruktur liegt in Modulen bzw. intensiven Unterrichtseinheiten. Ein Grundkurs umfaßt in der Regel 30, ein Vertiefungskurs 10 bis 15 Stunden.

## LEHRPROGRAMM

Die Grundkurse machen die Studierenden mit den historischen, politischen und ökonomischen Grundlagen der Europäischen Integration vertraut. Thematische Schwer-

punkte in den Vertiefungskursen im Bereich der Politikwissenschaft sind die politischen Vorstellungen von Europa in der Gegenwart, insbesondere die Integrationskonzepte, die Entwicklung des Institutionensystems seit den Römischen Verträgen und die verschiedenen aktuellen policy-Felder der Europäischen Union. Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften stehen die Wirtschafts-, Währungs- und Finanzverfassung der EU sowie die binnen- und weltwirtschaftlichen Grunddaten und Strukturmerkmale der europäischen Wirtschaft, das Währungssystem sowie konkrete Wirtschaftspolitiken der EU im Mittelpunkt. Im Bereich der Rechtswissenschaften werden Verfassung und Aufgaben der Europäischen Gemeinschaften, Quellen und Strukturprinzipien des Gemeinschaftsrechts, dessen Rechtssetzung und Vollzug, die Grundfreiheiten des Binnenmarktes sowie ausgewählte Gemeinschaftspolitiken und die Instanzen der Gerichtsbarkeit untersucht.

## ZUGANGSVORAUSSETZUNGEN UND SPRACHANFORDERUNGEN

Für den weiterbildenden Studiengang „European Studies“ können sich Studierende aus der ganzen Welt bewerben. Bewerberinnen und Bewerber müssen einen deutschen oder vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluß (Prädikatsexamen) in der Regel in einem für den Studiengang relevanten geistes-, sozial-, wirtschaftswissenschaftlichen oder juristischen Fach nachweisen. Um eine fundierte Ausbildung zu gewährleisten, kann nur eine begrenzte Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern (ca. 20-25 Studenten) zugelassen werden.

Exzellente Sprachkenntnisse in Englisch müssen in der Regel durch eine Sprachprüfung nachgewiesen werden. Gute Kenntnisse in Französisch, wahlweise auch in einer anderen EU-Amtssprache, sind weitere Voraussetzungen für die Aufnahme in das Programm. Ausländische Studienbewerber, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, müssen vor Aufnahme des Studiums ausreichende Sprachkenntnisse nachweisen.

## ABSCHLUß

Der Diplomgrad wird vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung seitens der Universität Bonn als Qualifikationsnachweis vergeben. Die Ausschreibung für das kommende Programmjahr 1999/2000 erfolgt Anfang 1999.



Die Teilnehmer des neuen Studienganges am ZEI mit Prof. William Paterson, Birmingham, einem der Gastprofessoren  
Foto: E. Lichtenscheidt

gang „European Studies“ am ZEI begonnen. 70 % der Studierenden kommen aus Deutschland, weitere 30 % aus den USA, dem asiatischen Raum und Mittel- und Osteuropa.

ZEI hatte in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und anderen Vertretern von Wirtschaft und Wissenschaft während des zurückliegenden Jahres ein Curriculum für ein solches Postgraduiertenprogramm entwickelt. Mit dem Programm will ZEI die „Europafähigkeit“ des Nachwuchses durch Vermittlung weiterer fachlicher Kenntnisse und beruflicher Qualifikation über das grundständige Studium hinaus gezielt verbessern. Neben den Direktoren des ZEI, Prof. von Hagen und Prof. Kühnhardt, sowie dem Koordinator des Programms, Dr. Stefan Fröhlich, bereiten anerkannte Professoren und Praktiker aus dem In- und Ausland die Fellows für eine nationale oder internationale

# Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum

Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich werden den Kern der Europäischen Währungsunion bilden. Eine erfolgreiche Währungsunion setzt ein ausreichendes Maß gegenseitigen Verständnisses unter den Teilnehmern über wirtschaftspolitische Konzeptionen voraus. Trotz der Konvergenz der Volkswirtschaften sind die Unterschiede im wirtschaftspolitischen Denken Frankreichs und Deutschlands jedoch nach wie vor groß.

Deutschland und Frankreich haben eine lange Tradition des Dialogs und der Kooperation auf höchster politischer Ebene; Gespräche zwischen Ökonomen aus Wissenschaft und wirtschaftspolitischer Praxis gibt es jedoch kaum. Umso wichtiger ist es daher, in der Vorbereitung der EWU ein Forum

für einen regelmäßigen Gedankenaustausch zu Fragen der Wirtschaftspolitik zu schaffen mit dem Ziel, das gegenseitige Verständnis für wirtschaftspolitische Standpunkte und für grundlegende Konzeptionen der Wirtschaftspolitik zu fördern.

## ZUSAMMENARBEIT MIT CEPII

ZEI und das Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internationales (CEPII), Paris, haben dazu ein Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum eingerichtet. Mitglieder des Forums sind Vertreter aus der Wirtschaft und ihren Verbänden, von Gewerkschaften und politischen Parteien und der Wissenschaft aus beiden Ländern. Das Forum tagt abwechselnd in

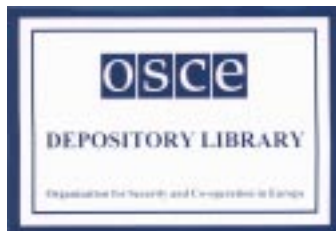
Paris und Bonn. Arbeitssprache des Forums ist Englisch.

Das Deutsch-Französische Wirtschaftspolitische Forum tagte erstmals am 4. Juli 1997 in Paris zum Thema "Ein Beschäftigungspakt für die Europäische Währungsunion". Das Forum wurde in Paris von dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Dominique Strauss-Kahn begrüßt. Bei seinem zweiten Treffen, im Januar 1998 in Bonn, befasste sich das Forum mit der Wechselkurspolitik der EWU. Staatssekretär Klaus Büniger, Bundesministerium der Wirtschaft, hielt dabei eine Ansprache. Themen des dritten Treffens, wiederum in Paris im Juli 1998, waren die Arbeitsmarktpolitik und die Finanzpolitik der EWU. Der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, besuchte das Forum bei dieser Gelegenheit. Bei seinem vierten Treffen, im Januar 1999 in Bonn, wird sich das Forum mit der Koordination der Wirtschaftspolitik in der EWU und der Regulierung der Finanzmärkte beschäftigen.

## Spezialbibliothek "Europa" am ZEI

Forschung und Lehre sind auf eine leistungsfähige Literaturversorgung angewiesen. Aus diesem Grunde hat das ZEI seit Aufnahme seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit im Jahre 1996 den Aufbau einer umfassenden Präsenzbibliothek zum Thema Europa vorangetrieben. In der Europabibliothek des ZEI wächst der Bestand der Veröffentlichungen aller wichtigen Institutionen Europas. Dazu gehören:

- Europäisches Dokumentationszentrum
- OSZE Depository Library
- Europäisches Parlament
- Europarat
- Europäische Zentralbank
- Europäischer Gerichtshof



Darüber hinaus bietet die Europabibliothek des ZEI Monographien und Zeitschriften zu allen europarelevanten Fragestellungen. Die Schwerpunkte der Literatursammlung liegen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Recht. Darüber hinaus werden auch die Themen Gesellschaft, Kultur und Soziales abgedeckt.

Die Bibliothek ist mit modernen Recherchetechnologien sowie einem großzügigen Lesesaal ausgestattet. Sie ist während der üblichen Bürozeiten geöffnet. Langfristig soll der Bestand der Europabibliothek auch im Internet dokumentiert werden.

*Adresse: Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) -Bibliothek- Walter-Flex-Str. 3, 53113 Bonn, Tel: 0228/73-1723, Fax: 0228/73-5097; E-Mail: ze@uni-bonn.de*

## ZEI-Mitarbeiter als Wahlbeobachter in der Slowakai

Der Kreis der Beitrittskandidaten zur Europäischen Union dürfte sich am 28. September 1998 um einen Nachzügler erweitert haben: Das Ergebnis der Parlamentswahl in der Slowakischen Republik vom 25. und 26. September war ein klares Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und setzte der Regierung von Ministerpräsident Vladimír Mečiar ein Ende, dessen autoritäre Politik -

und nicht etwa wirtschaftliche Rückständigkeit - die EU dazu bewogen hatte, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Slowakai über Jahre hinweg zurückzustellen. Daß die Wahl ganz überwiegend frei und fair verlief, ist gewiß auch das Verdienst der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Mehr als 200 internationale Beobachter überwachten in ihrem Auftrag die Einhaltung demokratischer Grundsätze in der Vorphase der Wahl, an den beiden Wahltagen sowie nach Bekannt-

gabe der Ergebnisse. Dazu entsandte das Auswärtige Amt acht deutsche Kurzzeitbeobachter. Mit Dr. Matthias Pape war erstmals ein Repräsentant des ZEI an einer OSZE-Wahlbeobachtungsmission beteiligt.

Die Wahlbeobachtungsmission war nach der Bewertung des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) nötig geworden, nachdem die Rechte der Opposition im slowakischen Parlament massiv beschnitten worden waren. Im Vorfeld der Wahl kam es zu weiteren massiven Benachteiligungen der Oppositionsparteien, und selbst Manipulationen des eigentlichen Wahlvorgangs waren zu befürchten. Hatte die slowakische Regierung sich nur widerwillig zu einer Einladung an die OSZE durchringen können - die Beobachtung der Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik im Juni 1998 durch die OSZE dürfte diese Entscheidung erleichtert haben - so erfuhr auch die Mission selbst zahlreiche Behinderungen. Gleichwohl konnten die Beobachter an den beiden Wahltagen mehr als ein Drittel der fast 5.900 Wahllokale stichprobenartig kontrollieren und auch den Prozeß der Stimmenauszählung überwachen. Daß dabei nur selten größere Unregelmäßigkeiten zu beobachten waren, unterstreicht die präventive Wirkung der Wahlbeobachtung als ein entscheidendes Mittel der Demokratieförderung. Durch den Wechsel zu einer rechtsstaatlich orientierten, stabilen Regierung in der Folge dieser Parlamentswahl wahrte die Slowakai ihre Chance, in die erste Reihe der EU-Beitrittskandidaten aufzurücken.

Prof. Dr. Marek Siemek

Prof. Dr. Marek Siemek ist Ordinarius für Philosophie am Institut für Philosophie der Universität Warschau, Polen. Von September bis Oktober 1998 war er Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) und arbeitete über die philosophischen Grundlagen der Demokratie in der europäischen Geschichte.

*ZEI: Die Bundesrepublik Deutschland hat seit Ende Oktober 1998 eine neue Bundesregierung. Was bedeutet dies Ihrer Ansicht nach für die Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen und den Prozeß der Osterweiterung der Europäischen Union?*

Siemek: Die alte Bundesregierung unter Helmut Kohl hat sehr viel für die deutsch-polnischen Beziehungen getan. Sie waren geprägt von einer sehr engen und intensiven Zusammenarbeit. Daran wird sich auch die neue Bundesregierung messen lassen müssen. Ich persönlich bin dabei guter Hoffnung.

Was die Frage der Osterweiterung betrifft, so gibt es in Polen durchaus Befürchtungen, daß mit dem Regierungswechsel zugleich auch eine Verlangsamung der Integrationsgeschwindigkeit in der EU verbunden sein wird. Eine deutlich umrissene Politik der deutschen Sozialdemokratie scheint es mir in dieser Frage auch nicht zu geben. Ich bedauere es sehr, daß der Koalitionsvertrag - bewußt oder zufällig - hier nur we-

nig konkrete Aussagen beinhaltet. Die zentrale Frage wird es deshalb sein, inwieweit die bisherige entschlossene Politik Deutschlands in der Erweiterungspolitik fortgesetzt wird. Wir hoffen nicht, daß sie gänzlich der Vertiefung der EU zum Opfer fällt.

*ZEI: Welche Rolle kann und wird Polen in Europa spielen?*

Siemek: Polen ist das bei weitem größte Land der neuen Beitrittskandidaten und hat aufgrund seiner Mittellage eine besondere Bedeutung hinsichtlich der Neuregelung der Beziehungen zu Rußland und zu den neuen Republiken, die nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden sind. In diesem Punkt ist in der Vergangenheit auch viel passiert. Wir haben bereits sehr gute wirtschaftliche, politische, wissenschaftliche aber auch kulturelle und zwischenmenschliche Beziehungen zu unseren Nachbarn entwickelt. Allerdings ist vielen Menschen in Polen noch nicht bewußt, daß mit der Aufnahme Polens in die EU dieses Land zur östlichen Seite EU-Europas werden würde, was zugleich auch mit einer Reihe von neuen Aufgaben und Pflichten verbunden wäre.

*ZEI: Die Mehrheit der EU-Länder sind sozialdemokratisch regiert. Wird dies die Politik in der Europäischen Union verändern?*

Siemek: Dies hat durchaus eine Bedeutung, allerdings mehr im Bereich von Ideen und grundsätzlichen Programmen im Sinne eines „Ethos der Politik“. Andererseits aber glaube ich nicht, daß der Spielraum möglicher Änderungen oder alternativen Lösungen sehr groß ist. Die gesamteuropäischen Strukturen haben sich in der Zwischenzeit so herausgebildet und verselbständigt, so daß sie weitgehend unabhängig von innenpolitischen Veränderungen in den einzelnen Mitgliedsländern sind. Deshalb wird es in Zukunft nur zu einer Verschiebung der Akzente kommen.

## ZEI-Europadialog

Jeden Dienstag findet am ZEI in der Zeit von 12.30 bis 14.00 Uhr der ZEI-Europadialog statt. Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Publizistik referieren dann über aktuelle, europarelevante Themen und diskutieren ihre Gedanken mit den eingeladenen Gästen.

Nebenstehendes Bild zeigt den Botschafter der Schweiz, S.E. Dr. Dieter Chenaux-Repond, der am 22. September 1998 im Rahmen des Europadialogs zum Thema „Die Schweiz und die Europäische Union“ sprach.



## DEZEMBER 1998

17. ZEI - Forschungsseminar zur europäischen Wirtschaftspolitik: Prof. Helmut Seitz (Europa Universität Viadrina, Frankfurt/Oder): „Fiscal Policy, Deficits, and Politics of Subnational Governments: The Case of the German Laender“

## JANUAR 1999

14. ZEI-Forschungsseminar zur europäischen Wirtschaftspolitik: Prof. Filip Abraham (Katholische Universität, Leuven): „Sectoral Employment Effects of Trade and Trade-Induced Labour Saving in a Small Open Economy“
21. Internationale Konferenz zum Auftakt der deutschen Ratspräsidentschaft in der EU: „In welcher Verfassung ist Europa - welche Verfassung für Europa?“
22. Deutsch-polnischer Theologen-Workshop in Zusammenarbeit mit den katholisch-theologischen Fakultäten der Universitäten Bonn und Warschau
28. ZEI - Forschungsseminar zur europäischen Wirtschaftspolitik: Dr. Helge Berger (CES, Universität München). Titel wird noch bekannt gegeben.

## FEBRUAR 1999

4. ZEI-Forschungsseminar zur europäischen Wirtschaftspolitik: Dr. Ansgar Belke (Universität Bochum): „Exchange Rate Uncertainty and the German Labour Market: A Cointegration Application of the Autoregressive Distributed Lag Approach“
11. ZEI - Forschungsseminar zur europäischen Wirtschaftspolitik: Prof. Georges de Menil (DELTA, Paris): „European Capital Market Integration: How far has it gone and what are the implications for aggregate productivity?“

Darüber hinaus finden im Rahmen des ZEI-Junior Fellows-Programms regelmäßig Seminare statt, die kurzfristig mit gesonderter Einladung bekannt gegeben werden.

Weitere Informationen zu diesen und anderen Veranstaltungen sowie aktuelle Ergänzungen finden Sie unter <http://www.zei.de>.

Im Rahmen des ZEI-Europaforums sprach nach dem Führer der serbischen Opposition, Zoran Djindjic, dem polnischen Ministerpräsidenten Jerzy Buzek und dem ehemaligen Forschungsminister Jürgen Rüttgers am 20. November der litauische Präsident Valdas Adamkus über die zukünftige Rolle Litauens in der Europäischen Union. Der Vortrag wird im Rahmen der Discussion Paper-Reihe veröffentlicht werden.

Im Rahmen eines mehrjährigen Forschungsvorhabens in Kooperation mit dem American Institute for Contemporary German Studies, Washington, und der Middle East Technical University, Ankara, diskutierten am 5. November 1998 am ZEI führende Wissenschaftler und Politiker aus den USA, Europa und der Türkei über die trilateralen Beziehungen und die Rolle der Türkei in Europa. Die Ergebnisse des Workshops werden in einem Sammelband in der Schriftenreihe des Zentrum für Europäische Integrationsforschung erscheinen.

Janusz Reiter, Zentrum für Internationale Beziehungen, Warschau, Prof. Henri Menudier, Universität Sorbonne, Paris, und Prof. Ludger Kühnhardt, ZEI, haben die Leitung einer Studiengruppe „Weimarer Dreieck“ übernommen, die Vorschläge zur Intensivierung der deutsch-französisch-polnischen Zusammenarbeit als einem künftigen Motor des europäischen Integrationsprozesses erarbeiten soll.

Prof. Fedor Burlatsky, Präsident des Wissenschaftlichen Rates für Politische Wissenschaft bei der Russischen Akademie der Wissenschaften traf anlässlich seines Gastaufenthaltes am ZEI mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und den Kirchen zusammen, um die Entwicklung in der Russischen Föderation aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu reflektieren und zu diskutieren. Die Ergebnisse wird Prof. Burlatsky in eine Studie aufnehmen, die er für Russlands Premierminister Primakov vorbereitet.

Prof. Wolfgang Wessels, Universität Köln, ist als Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung mit der Realisierung eines Forschungsprojektes „Die Zukunft des Europäischen Parlamentes nach den Verträgen von Maastricht und Amsterdam“ betraut worden.

Vom 10. Januar bis zum 30. August 1999 wird Prof. Hu Jingbei (Volkswirtschaftliche Fakultät der Wirtschafts-Universität Schanghai) das ZEI besuchen. Sein Forschungsprojekt beschäftigt sich mit dem Einfluß der Europäischen Integration auf die wirtschaftlichen Beziehungen Chinas zu den Mitgliedsländern der EU und wird in Zusammenarbeit mit dem *EU - China Higher Education Programme* an der Universität Lund in Schweden durchgeführt.

Prof. Mark Hallerberg (Georgia Institute of Technology, Atlanta) ist seit Oktober 1998 Senior Fellow des ZEI. Er lehrt an der

Sam Nunn School of International Affairs und ist Direktor des European Studies Center am Georgia Tech.

Dr. Rolf Strauch, bis 30. September 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, ist seit Oktober 1998 Mitarbeiter der Abteilung Volkswirtschaft der Deutschen Bundesbank. In seiner Doktorarbeit beschäftigte er sich mit den fiskalpolitischen Institutionen in den USA sowie mit deren Implikationen für die Europäische Währungsunion.

Die Independent Commission for the Comprehensive Review of the Institutions and Procedures of the Union, unter dem Vorsitz von Frans Andriessen, hat Prof. Ludger Kühnhardt zu einem ihrer Mitglieder ernannt. Die Kommission erarbeitet einen Bericht, der unter dem Titel „Advancing the European Union“ dem weiteren Fortschritt des europäischen Integrationsprozesses Impulse geben soll. Der Bericht wird für das Jahr 2000 erwartet.

## AUS DER ARBEIT DES ZENTRUMS FÜR ENTWICKLUNGSFORSCHUNG (ZEF)

Um den politischen Dialog im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen über das Post-Lomé-Abkommen zu fördern, fand im November 1998 ein Workshop über „The Future of EU Development Co-operation: What deals between the EU and the ACP-States?“ im ZEF statt. Das ZEF hat diesen Workshop in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem European Center for Development Policy Management (ECDPM) organisiert. Die Notwendigkeit einer Reform der EU-AKP-Beziehungen wurde während des Workshops unterstrichen und auf spezifische Elemente der Reform hingewiesen.

Vom 7. - 10. Juni 1999 wird das ZEF einen Workshop über Ressourcen-Management in den Tropen mit dem Titel „Managing Organic Matter in Tropical Soils: Scope and Limitations“ durchführen. Mitorganisatoren sind das Research Institute for Agrobiological and Soil Fertility (AB-DLO) Wageningen, NL, und das IACR Rothamsted, GB. Weitere Informationen zu dem Workshop können auf der Homepage des ZEF (<http://www.zef.de>) abgefragt werden.

Im Oktober 1998 hat das ZEF ein neues Forschungsprojekt über die Rolle der biologischen Stickstoff-Fixierung in sekundären und primären Wäldern des östlichen Amazonas begonnen. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Erziehung, Wissenschaft, Forschung und Technologie bis September 2000 finanziert.

Am 1. Februar 1999 wird am ZEF ein neues Buch mit dem Titel „Famine in Africa: Causes, responses and prevention“. Das Buch, das von Joachim von Braun, Direktor am ZEF, Tesfy Teklu und Patrick Webb (Gastwissenschaftler am ZEF) geschrieben und von der Johns Hopkins University Press, Baltimore, London, verlegt wird, behandelt die politischen, wirtschaftlichen und demographischen Ursachen der Hungersnot heute. Es basiert auf empirischen Forschungen in Ländern wie Äthiopien, Sudan, Ruanda etc.. Die Vorstellung des

Buches wird Per Pinstrup Andersen, Generaldirektor des International Food Policy Research Institute (IFPRI), Washington, vornehmen.

Eine neue Forschungsarbeit am ZEF betont, daß Handelsverbote und -restriktionen kaum die angebrachten Instrumente sind, um mit der weitverbreiteten Kinderarbeit in Entwicklungsländern umzugehen. Die Forschungsarbeit von Ulrike Grote (ZEF), Arnab Basu und Diana Weinhold (Gastwissenschaftler am ZEF) betont die Schlüsselrolle, die der Zugang zur Schulerziehung bei dem Problem der Kinderarbeit spielt. Die Studie wird in der Reihe „ZEF-Discussion Papers on Development Policy“ veröffentlicht.

ZEF ist ein Planungspartner für die EXPO 2000 und bereitet einen von insgesamt zehn globalen Dialogen während der EXPO 2000 in Hannover vor. Der Höhepunkt des globalen Dialoges mit dem Thema „The role of the village in the 21<sup>st</sup> century: crops, jobs and livelihood“ wird ein dreitägiges internationales Zusammentreffen von Praktikern, Politikern und Akademikern in Hannover sein. Diese werden durch internationale Kommunikationsmittel mit Teilnehmern weltweit verbunden sein, um einen Dialog über die Thematik von ländlicher Armut und Möglichkeiten der Entwicklung durchzuführen. Andere globale Diskussionen werden zum Beispiel von der Weltbank, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der UNESCO organisiert.

*Das Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) arbeitet inhaltlich und organisatorisch mit dem ZEI unter einem Dach zusammen. Gemeinsam bilden beide Zentren das Internationale Wissenschaftsforum Bonn (IWB) der Universität Bonn. Als eine internationale ausgerichtete, interdisziplinär arbeitende Forschungseinrichtung will das ZEF einen Beitrag zur Lösung der globalen Entwicklungsprobleme leisten.*

## ZEF - FENSTER

## ZEF - FENSTER

# Präsident der Europäischen Kommission zu Gast - Agenda 2000: Konferenz über die Zukunft der EU

„Bei der Agenda 2000 geht es um nichts weniger, als unserer Vision für das Europa des Jahres 2000 Gestalt zu geben.“

Mit diesem Appell für die Realisierung der Reformvorschläge der Europäischen Kommission leitete ihr Präsident, Jacques Santer, vor mehreren hundert interessierten Zuhörern eine zweitägige Konferenz zur Agenda 2000 am ZEI ein. Die Situation der Europäischen Union am Übergang zum 21. Jahrhundert sei eine der größten Herausforderungen des europäischen Einigungsprozesses, bei der es in einer außerordentli-

sis einer Neuordnung der Strukturfonds sowie die Weiterverfolgung der institutionellen Reformen. Alle diese Fragen müßten gelöst werden, um gleichzeitig die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sichern und die angestrebte Osterweiterung realisieren zu können. Die Osterweiterung werde zweifellos schwieriger sein als alle bisherigen Erweiterungsrounden.

Bei der Realisierung der Agenda 2000 erwarte er daher noch komplizierte Verhandlungen, bei denen auch Korrekturen an den Kommissionsvorschlägen nicht ausgeschlossen seien. „Ich sehe aber keine grundsätzliche Alternative und niemand sollte den Bogen überspannen“, war seine Warnung an die verschiedenen Kritiker, die er unter

baren Erweiterungsprozeß der Union, auf den sich sowohl die EU als auch die Kandidatenstaaten noch ausreichend vorbereiten müßten. Hierbei komme den bilateralen Beitrittspartnerschaften ein großes Gewicht zu, in deren Rahmen die Aufnahmeverhandlungen vorbereitet werden könnten. Kein Staat müsse sich aber ausgeschlossen fühlen, wenn derzeit noch keine Verhandlungen mit ihm geführt würden, denn der Erweiterungsprozeß bleibe ein „offener Prozeß“.

In den darauffolgenden Expertenrunden zu den einzelnen Schwerpunkten der Agenda 2000 waren sich alle Teilnehmer, Vertreter der Kommission sowie Politiker und Wissenschaftler aus mehreren Mitglieds- und Kandidatenstaaten, in der Einschätzung der Dringlichkeit der Reformen einig, nicht jedoch immer über die Verteilung der Lasten. In teilweise kontroversen Debatten wurde mehrfach kritisiert, daß das Bekenntnis zu Reformen und der Erweiterung noch nicht bei allen von der notwendigen Bereitschaft untermauert sei, erreichte Quoten, eingespielte Mechanismen und eigene Ansprüche zur Disposition zu stellen. Prof. Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI, bekräftigte, daß das Integrationsziel im Blick auf die Kandidatenländer nur mit einer substantiellen Solidaritätsbereitschaft der EU-Partner bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Ausgleichsprinzips zwischen den heutigen EU-Ländern realisiert werden könne.

Die Reformvorschläge der Agenda 2000 werden auch nach dieser erfolgreichen Konferenz einen Schwerpunkt der Arbeit des ZEI bilden. Die ersten Ergebnisse mit den Beiträgen der Referenten der Konferenz sind als Band 8 der Schriftenreihe des ZEI zusammengestellt und veröffentlicht worden. ■



*Axel Bunz, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, Jacques Santer, Präsident der EU-Kommission, und Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI, am 26. Mai 1998 in der Universität Bonn.*

chen Situation nach den dramatischen Veränderungen in Europa um die gleichzeitige Vertiefung und die Erweiterung gehe.

In seiner Begrüßung hatte der Rektor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Professor Klaus Borchard, bereits darauf hingewiesen, daß gerade auch in der Vielfalt der Aufgaben die besondere Herausforderung liege, der sich die Kommission mit der Veröffentlichung und der Diskussion ihres Programms gestellt habe. Als Schwerpunkte dieses Programms nannte Santer eine entschiedene Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU, die Neubestimmung ihres Finanzrahmens auf der Ba-

anderem unter den deutschen Agrarpolitikern ausmache. Die Vorschläge der Kommission seien eine Fortführung der 1992 eingeleiteten Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik, die den bei weitem größten Ausgabenposten im Gemeinschaftshaushalt darstelle, und wer die Notwendigkeit dieser Fortführung leugne, sei „entweder unehrlich oder naiv“. Offensichtlich würden auf manchen Seiten Verhandlungspositionen aufgebaut, die keineswegs aufrecht gehalten werden könnten.

Notwendig sei jetzt aber der Mut zu Reformen und manchmal auch zur Unpopularität. Dies gelte ebenso für den unumkehr-

## IMPRESSUM

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn  
Walter-Flex-Str. 3  
D - 53113 Bonn

ISSN: 1437-1545

Verantwortlich: Monika Reule  
Tel: 0228/73-1811/-1846  
Fax: 0228/73-5097  
E-Mail: m.reule@uni-bonn.de  
Internet: <http://www.zei.de>

Der ZEIreport erscheint dreimal jährlich in englischer und deutscher Sprache. Er kann kostenlos unter oben genannter Adresse angefordert werden.